parlamentsreport

Ausgabe
Nr. 12 – 2019

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

2 Erfolgsgeschichte Thüringer Azubi-Ticket

3 Mietenkonferenz „bezahlbares Wohnen“

4 Neues Gesetz: Schule vom Kind her denken

5 Stimmen und Meinungen zur Plenardebatte

Kommentar

Verlässlich

Foto: ©Landtagsfraktion DIE LINKE

Von Susanne Hennig-Wellsow
Fraktionsvorsitzende

Mit dem Haushalt für 2020 sorgen wir dafür, dass Thüringen über das Wahljahr hinaus weiter handlungsfähig ist und alle Aufgaben finanziell abgesichert sind. Rot-Rot-Grün hat einen ausgewogenen und sozial gerechten Haushalt auf den Weg gebracht.

Auch bei diesem Landeshaushalt folgen wir dem Dreiklang aus Investitionen, Schuldentilgung und Rücklagenbildung. Während in den letzten fünf Legislaturperioden unter der CDU in Thüringen über 16 Milliarden Euro Schulden angehäuft wurden, konnte Rot-Rot-Grün in dieser Wahlperiode eine Milliarde Euro dieser Altlasten tilgen.

In vielen maßgeblichen Bereichen sorgen wir für deutliche Entlastungen der Bürgerinnen und Bürger: Wir führen das zweite beitragsfreie Kindergartenjahr ein, schaffen Straßenausbaubeiträge ab, bringen mehr Polizistinnen und Polizisten auf die Straße, ersetzen jede ausgeschiedene Lehrerin, jeden ausgeschiedenen Lehrer und stellen darüber hinaus 500 zusätzliche LehrerInnen ein. Es wird mehr Geld für Schulinvestitionen und zusätzliche 180 Schulsozialarbeiter geben. Mit diesem Haushalt stärken wir den Arbeitsschutz für Beschäftigte. Wir erhöhen die Zuschüsse für den Öffentlichen Nahverkehr und das landesweite Busnetz. Rot-Rot-Grün stärkt die Kommunen nicht nur im Finanzausgleich, sondern auch mit zusätzlichen Mitteln außerhalb des Finanzausgleichs. Mit anderen Worten: wir stehen für Verlässlichkeit in allen maßgeblichen Lebensbereichen. Das ist gut für die Menschen in Thüringen.

Klar und konsequent

Neues Thüringer Schulgesetz und Landeshaushalt 2020 beschlossen

Zwei für das Land sehr wichtige Gesetze hat der Thüringer Landtag mit stabiler rot-rot-grüner Mehrheit im Juni beschlossen: Das neue Schulgesetz mit entscheidenden Weichenstellungen für gute und chancengerechte Bildung für jedes Kind, jeden Jugendlichen in Thüringen und das Haushaltsgesetz für das kommende Jahr.

Während die CDU aus kurzsichtigem parteipolitischen Kalkül das eine wie das andere Gesetzesvorhaben massiv attackiert hatte, kam viel Zustimmung aus dem Land für das klare und konsequente Handeln der Thüringer Regierungskoalition aus LINKE, SPD und Grünen.

„Sie wollen einen Nothaushalt, wir wollen das gesellschaftliche Leben im Land weiter sichern“, hatte Susanne Hennig-Wellsow, die LINKE-Fraktionsvorsitzende, an die Adresse der CDU in der abschließenden Haushaltsrunde im Landtag betont. Und Ministerpräsident Bodo Ramelow, der die gute Finanzausstattung der Kommunen in Thüringen sowie die Personalentwicklung im Lehrerbereich und bei der Polizei hervorhob, verwies auf die Verantwortung gegenüber den Menschen und darauf, dass es sich Rot-Rot-Grün zutraut, die Landesregierung auch in der der nächsten Legislaturperiode zu führen. Der LINKE Bildungsminister Helmut Holter hatte es in der Debatte zum Schulgesetz, das wichtige Zukunftsfragen in Sachen Inklusion oder wohnortnaher Beschulung regelt, so gesagt: „Diese Koalition steckt den Kopf nicht in den Sand, sie handelt.“

Bei Bildung „richtig draufgelegt“

Für eine gerechte und verantwortungsvolle Landespolitik

In der abschließenden Debatte zum Landeshaushalt für das Jahr 2020 am 13. Juni im Thüringer Landtag hatte der Finanzpolitiker der Linksfraktion, Ronald Hande, unterstrichen, dass er beim besten Willen mit der Verabschiedung dieses Haushalts einen von der CDU vorgeworfenen Verfassungsverstoß nicht erkennen könne.

Im Gegenteil“, so Roland Hande weiter, „die Thüringer Landesregierung ist ihrer verfassungsrechtlichen Verpflichtung zur rechtzeitigen Vorlage des Haushaltes 2020 nachgekommen.“ Dieser Haushalt sei zudem der größte, den Thüringen je hatte. „Und das liegt nicht nur an den 500 Millionen, die wir mehr investieren als unsere Vorgänger. Das liegt vor allem daran, dass wir an vielen wichtigen Stellen mehr Geld ausgeben.“

Der LINKE-Abgeordnete verglich die geplanten Ausgaben mit denen im Jahr 2014, für das noch die CDU-geführte Landesregierung die Verantwortung trug. Im Bereich der Öffentlichen Sicherheit und Ordnung standen 2014 exakt 443 Millionen Euro im Ansatz, „jetzt stehen hier 602 Millionen Euro, also stolze 159 Millionen mehr“. Bei der Kultur ist es ein Plus von 33 Millionen Euro, in der aktiven Arbeitsmarktpolitik sind es 48 Millionen mehr. In der Kinder- und Jugendhilfe gesteigert von 38 auf 53 Millionen Euro, also 40 Prozent mehr. Bei der Kindertagesbetreuung: plus 153 Millionen Euro, bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung plus 38 Millionen. Und richtig draufgelegt hat Rot-Rot-Grün bei allem, was mit Bildung zu tun hat, nämlich 539 Millionen Euro mehr als noch 2014 unter CDU-geführter Regierung.

Alle Beträge addiert sind es 1,5 Milliarden Euro - „mehr für Investitionen und politische Gestaltung, für eine gerechtere, humanistische, innovative und moderne Politik. Das ist verantwortungsvolle Haushaltspolitik. Das ist vorausschauend und das ist eine richtige rot-rot-grüne Haushaltspolitik für Thüringen“, hatte Roland Hande betont.

„Das Signal an die Wähler ist fatal“

CDU bricht Versprechen und beginnt Zusammenarbeit mit AfD auf kommunaler Ebene

Mit der nach den Kommunalwahlen 2019 erstmals dokumentierten Zusammenarbeit von CDU und AfD wird das Versprechen der CDU gegenüber dem CDU-Bundesverband und den Wählern der CDU, mit der extrem rechten AfD in Thüringen nicht zusammenzuarbeiten, gebrochen.

Am 12. Juni erfolgte in Geisa im Wartburgkreis die Vereidigung des Stadtrats durch Bürgermeister Martin Henkel, der zugleich Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion ist. Die AfD zog mit zwei Kandidaten in den Rat ein. Einen der wenigen Hauptausschuss-Sitze der CDU bekam eine Kandidatin der AfD, ohne dass dafür eine Notwendigkeit bestand.

„Dass ausgerechnet im Verband des CDU-Landesvorsitzenden Mike Mohring, noch dazu durch einen Direktbewerber für die neue CDU-Landtagsfraktion, eine solche Zusammenarbeit initiiert wird, lässt nichts Gutes für die Landtagswahl erahnen. Besonders beschämend ist, dass dies erneut in unserer Region geschieht, wo es bereits 2015 in Eisenach den ersten Fall gab, bei dem die CDU einem NPD-Antrag zur Abwahl einer linken Bürgermeisterin zustimmte“, sagte Anja Müller, LINKE Landtagsabgeordnete im Wartburgkreis. Katharina König-Preuss, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion, ergänzte: „Gerade die AfD in Thüringen unter Björn Höcke und dem Flügel gilt als besonders völkisch und rassistisch, ihre Inhalte und Positionen stellen immer wieder Angriffe auf die Menschenwürde dar. Es ist egal, ob die CDU auf Landes- oder kommunaler Ebene mit der AfD kooperiert, in beiden Fällen tritt eine Normalisierung ein. Die AfD darf auf keiner Ebene Kooperationspartner sein!“ Auch das Signal an die eigenen Wähler sei fatal, wenn der Eindruck entstehe, dass ein Kreuz bei der CDU auf dem Wahlzettel dafür sorgt, dass damit Personal der AfD in den Gremien landet.

Foto: ©Linksfraktion Thüringen

Konsequenter Weg

Klimahaushalt

Thüringen geht konsequent den Weg des Klimaschutzes. Der jetzt beschlossene Landeshaushalt für das Jahr 2020 ist auch ein Klimahaushalt und steht damit ganz im Zeichen des im Dezember 2018 beschlossenen Thüringer Klimagesetzes.

Es werden nicht nur entsprechende Maßnahmen zur E-Mobilität, Eigennutzung von Photovoltaik und Solarthermie finanziell untersetzt, auch der gesamte Haushalt wird in all seinen Bereichen dieser Aufgabe für das Land gerecht. Mit der Einführung einer neuen Haushaltsgruppe Klimaschutz und Klimawandel werden in allen Ministerien die Voraussetzungen geschaffen, um die Eigenverpflichtung des Thüringer Klimagesetzes, eine klimaneutrale Landesverwaltung bis 2030 zu erreichen, auch erfüllen zu können.

Als Initiator dieser Maßnahme möchte ich hierbei auch den Mut unserer rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen hervorheben, die diesen Weg mitgegangen sind. Damit begegnet Rot-Rot-Grün dem Klimawandel eigenverantwortlich in Thüringen mit geeigneten Maßnahmen. Wir nehmen die Forderungen von Klimaschützern, wie die von Fridays for Future, ernst.

Steffen Harzer ist Sprecher für Energiepolitik und Klimaschutz der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag

Den „Verweigerungsspuk endlich beenden“

Azubi-Ticket-Debatte: Aufforderung an Landrätin Schweinsburg

Diana Skibbe, LINKE-Landtagabgeordnete und im Landkreis Greiz zu Hause, hat die Landrätin Martina Schweinsburg (CDU) aufgefordert, nun endlich auf die Jugendlichen des Landkreises zuzugehen und ihnen die Teilnahme am Thüringer Azubi-Ticket zu ermöglichen: „Mit der Annahme des Haushalts 2020 ist klar, dass das in ganz Thüringen erfolgreiche Azubi-Ticket auch in den kommenden Jahren im Freistaat weitergeführt werden wird. Die Mittel dafür wurden in den Haushalt eingestellt. Das Azubi-Ticket ist also gesichert.“

In der Debatte in der auf Antrag der Linksfraktion stattgefundenen Aktuellen Stunde im Landtag um das kostengünstige Monatsticket für Auszubildende ließ selbst die CDU, also die Partei Martina Schweinsburgs, durchblicken, dass sie das Azubi-Ticket für eine gelungene Sache hält. Durch die Blume forderte die CDU-Fraktion ihre Landrätin auf, endlich den Verweigerungsspuk zu beenden.

Unterstützung für Bürgerbegehren im Landkreis Greiz

Die LINKE Landtagsabgeordnete Diana Skibbe hatte weitere Einwände der Landrätin in Fragen an die Landesregierung umgewandelt und sie am 14. Juni im Plenum als mündliche Anfrage an die Landesregierung gestellt. Der Staatssekretär im Infrastruktur-Ministerium Dr. Klaus Sühl (LINKE) hatte sie im Plenum beantwortet und die Bedenken entkräftet. „Falls Frau Schweinsburg sich trotzdem nicht in der Lage sieht, das Azubi-Ticket nun unverzüglich auch im Landkreis Greiz einzuführen, werden meine Partei und ich die Jugendlichen nach Kräften beim Bürgerbegehren ‚Azubi-Ticket jetzt! Das Bürgerbegehren‘ unterstützen“, betonte Diana Skibbe. In ihrer Pressemitteilung kündigte die Abgeordnete an: „Die Jugendlichen werden einen überarbeiteten Antrag, der die Ergebnisse des aktuellen Plenums berücksichtigt, bis zum Ende des Monats beim Landratsamt einreichen.“

Beispielhaftes Engagement

Es sei beispielhaft, wie Jugendliche des Landkreises Greiz „mit den Möglichkeiten unserer Verfassung umgehen - Frau Schweinsburg sollte ihnen hier keine Steine in den Weg legen“. Allerdings habe sie „manchmal den Eindruck, dass die CDU in Thüringen nichts, aber auch gar nichts in der Auseinandersetzung um ihr Verhältnis zu den jungen Menschen im Land gelernt hat“.

In der auf Antrag der Linksfraktion am 12. Juni im Landtag stattgefundenen Aktuellen Stunde zum Thema „Das Thüringer Azubi-Ticket - ein wichtiger Schritt zu mehr Teilhabe junger Menschen in Thüringen“ hatte für die LINKE Kati Engel, die Sprecherin für Ausbildung, Kinder- und Jugendpolitik, das Wort ergriffen. Sie sagte u.a.: „Mit einer Förderrichtlinie wird allen Kreisen die Teilnahme am Azubi-Ticket ermöglicht. Das Land ist auf die Mitwirkung der Landkreise angewiesen, weil sie die Aufgabenträgerschaft für den Bus- und Straßenbahnverkehr haben.“

Die Azubis, der Nahverkehr und Umwelt profitieren

Das Azubi-Ticket Thüringen kostet 153,89 Euro je Monat. Davon bezahlen die Auszubildenden lediglich 50 Euro. Die Differenz übernimmt der Freistaat Thüringen. Dafür stehen insgesamt zehn Millionen Euro im Landeshaushalt bereit.

Kati Engel verwies in der Plenardebatte auch auf die jüngst veröffentlichten Ergebnisse der Marktforschung. „Diese zeigen, dass die Nutzerinnen und Nutzer des Azubi-Ticket sehr zufrieden sind. Die Verkaufszahlen sind seit Einführung kontinuierlich gestiegen. Durch das Azubi-Ticket gibt es sechs Prozent mehr Neukunden und mehr als 30 Prozent der Ticketinhaber fahren nun häufiger mit Bus und Bahn. So profitieren neben den bisher fast 5.000 Auszubildenden in Thüringen auch der öffentliche Nahverkehr und somit auch die Umwelt.“

Bezahlbares Wohnen

Linksfraktion hatte zur Diskussion in den Landtag eingeladen

Wir sind nicht Berlin oder München, aber Erfurt, Weimar und vor allem auch Jena stehen für eine Entwicklung, bei der immer mehr Menschen sich fragen, ob sie auch künftig ihre Miete noch bezahlen können. Für die Linksfraktion Anlass genug, nach Wegen zur Absicherung des bezahlbaren Wohnens auch in Thüringen zu suchen. Eine Etappe dahin war die wohnungspolitische Konferenz, zu der die LINKE am 15. Juni Mieterinitiativen, Gewerkschafter, Landes- und Kommunalpolitiker und interessierte Bürgerinnen und Bürger in den Landtag nach Erfurt eingeladen hatte.

Auf der Erfurter Konferenz entspann sich eine hochinteressante Diskussion, hatte doch die Linksfraktion schon mit der Einladung durchaus provokante Stichpunkte genannt: Mietendeckel, Enteignung, Landeswohnungsbaugesellschaft, sozialer Wohnungsbau – es gibt massiven Handlungsbedarf auch in Thüringen.

Ein Thüringer Mietendeckel könnte die Mieten fünf Jahre einfrieren

Eingangs brachte es die Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow auf den Punkt: „In Erfurt, Jena und Weimar müssen viele Menschen bereits mehr als ein Drittel ihres Einkommens für die Miete aufwenden. So bleibt ihnen nicht mehr ausreichend Geld zum Leben. Das ist ein unhaltbarer Zustand.

Die Durchschnittsmiete liegt in Thüringen gegenwärtig bei rund 5,50 Euro. In Jena, Erfurt und Weimar muss man im Schnitt bereits sieben Euro und mehr zahlen, Tendenz stark steigend.

Hier müssen wir handeln. Für die LINKE hat der Anspruch auf bezahlbaren Wohnraum klare Priorität. Es gibt ein Grundrecht auf Wohnen, aber es gibt kein Grundrecht auf Profit durch Vermietung.“ Der Thüringer Mietendeckel könnte laut Susanne Hennig-Wellsow dem Vorbild Berlins folgen und die Mieten für fünf Jahre einfrieren. In dieser Zeit können in den betroffenen Städten in großer Zahl preiswerter Wohnungen durch die öffentliche Hand gebaut werden, wodurch sich der Wohnungsmarkt entspannen würde.

Ergänzt und unterstützt werden soll der soziale Wohnungsbau der Kommunen zukünftig durch eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft. Deren Gründung hatte bereits Ministerpräsident Bodo Ramelow in Aussicht gestellt. Nach der Vorsitzenden der Linksfraktion sollte der Mietendeckel Mieterhöhungen nur noch in Höhe der Inflationsrate zulassen. Zudem sollte den Mieterinnen und Mietern nach Berliner Vorbild das Recht eingeräumt werden, ihre Miete auf Mietpreisüberhöhung behördlich prüfen zu lassen. Im Falle einer zu hohen Miete, müsste die Miete auf die zulässige Höhe abgesenkt werden. Schutz würden Mieterinnen und Mieter auch bei Neuvermietungen genießen. Vermieter dürften nur die zuletzt vereinbarte Miete verlangen.

Foto: Podiumsdiskussion unter Moderation von Blanka Weber (r.). Mit dabei (v.l.) Dr. Klaus Sühl, Staatssekretär im Infrastrukturministerium, Ute Lukasch, wohnungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Jürgen Frank, Initiative Bürgerbegehren Ko-Wo Erfurt, Tamara Schindler von der Mieterinitiative Jena und Frank Emrich, Direktor des Verbandes der Thüringer Wohnungs- und Immobilienwirtschaft.

Neue Antworten sind notwendig

In Genf findet bis zum 21. Juni die 100. Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) statt. Es soll eine „Jahrhunderterklärung“ zur Zukunft der Arbeit im digitalen Zeitalter verabschiedet werden.

Ina Leukefeld, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Thüringer Landtag, erinnerte an den ersten ILO-Chef, Albert Thomas, der im Jahr 1926 sagte: „Trotz all des Elends in der Welt, die immer noch geteilt ist und sich in Aufruhr befindet, denken wir, dass mit Hilfe der Internationalen Arbeitsorganisation soziale Gerechtigkeit geschaffen werden kann.“ Diese Aussage sei noch immer gültig, das sagten viele der JubiläumsrednerInnen, unter ihnen Bundeskanzlerin Angela Merkel und der heutige ILO-Generaldirektor Guy Ryder. Jedoch, so die LINKE-Politikerin, könne diese wichtige internationale Organisation der wachsenden weltweiten Konkurrenz und Ausbeutung, dem umfassenden Wandel der Arbeitswelt und der daraus folgenden tiefen Spaltung von Arbeitsmarkt und Gesellschaft allein nur wenig entgegensetzen. Es reichen die mehr als 180 international anerkannten Arbeitsnormen der ILO nicht aus, um die Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft zu meistern. Globalisierung, Klimakrise, demografischer Wandel, technische und digitale Revolution sowie eine permanente Verschärfung der Diskrepanz zwischen Armut und Reichtum erfordern neue Antworten, die von der ältesten UNO-Organisation, in der gleichberechtigt Vertreter aus 187 Mitgliedsstaaten, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden wirken, erhofft und gesucht werden.“

Ina Leukefeld begrüßte es, dass in der Zukunftserklärung das Thema soziale Gerechtigkeit mit Leitlinien zu menschenwürdiger Arbeit für alle verankert werden soll. Für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen weltweit sorgen, das kann die ILO nicht allein. Sie formuliert Rahmenbedingungen und Kernarbeitsnormen, wie die Beseitigung der Zwangsarbeit, Abschaffung der Kinderarbeit und das Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf.

Deshalb sind starke Gewerkschaften, die weltweit zusammenstehen und gemeinsam kämpfen, von besonderer Bedeutung, geht es doch um wachsende Konkurrenz um Standorte und Märkte. „Wir brauchen eine starke ILO, die international Anerkennung findet und Lösungsansätze zum Abbau des sozialen und ökonomischen Ungleichgewichts zwischen Ländern und Regionen anbietet. Allerdings reichen Sonntagsreden nicht aus. Letztlich sollte 100 Jahre ILO Motivation für Beschäftigte in allen Bereichen sein, gemeinsam und organisiert für menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu streiten und den Unwägbarkeiten der Globalisierung die Solidarität der Beschäftigten entgegenzusetzen. Auch hier in Thüringen ist da noch allerhand zu tun“, so das Fazit von Ina Leukefeld.

» Thüringentag

Der 17. Thüringentag findet in diesem Jahr in Sömmerda statt. Den etwa 150.000 Besuchern, die am Festwochenende vom 28. bis 30. Juni erwartet werden, hat die Stadt beim größten Thüringer Landesfest viel zu bieten. Auf acht Bühnen präsentieren sich Künstler, Vereine, Orchester und Bands. Die Veranstaltungsorte sind durch zwölf unterschiedliche thematisch geprägte Meilen miteinander verbunden. So gibt es unter anderem eine Blaulichtmeile („THÜRINGEN hilft!“), auf der sich Rettungskräfte präsentieren, eine Sportmeile („THÜRINGEN bewegt!“) sowie eine Politikmeile („THÜRINGEN diskutiert!“), in der auch die Landtagsfraktion DIE LINKE vertreten ist.

» Waldkatastrophe

Die rot-rot-grüne Koalition hat im Landtag einen Antrag zu den massiven Waldschäden, verursacht durch Dürre, Sturm und Borkenkäfer, zur Abstimmung gestellt. „Leider stimmte die CDU-Fraktion nicht zu. Ein ähnlicher CDU-Antrag fand die Zustimmung der Koalitionsfraktionen, um ein Zeichen über die Legislatur hinaus zu setzen, denn dieser Katastrophe ist nur in Zusammenarbeit beizukommen“, so MdL Tilo Kummer (LINKE). Außerdem will die Regierungskoalition noch in dieser Legislatur die Einstellung von dringend benötigtem Personal in der Landesforstanstalt zur Bewältigung der Waldschäden durch eine Änderung des Forsterrichtungsgesetzes absichern.

» Tierschutz

Mit dem neuen Tiergesundheitsgesetz und zusätzlichen Stellen im Landesamt für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz werden Tierhaltung, Tierschutz und Schutz vor Tierseuchen in Thüringen weiter vorangebracht. MdL Dr. Johanna Scheringer-Wright (LINKE) verweist auch auf eine Entbürokratisierung und damit Entlastung für die Landwirte. Besonders begrüßt sie, dass für die Bearbeitung von Widersprüchen und die Umsetzung von Tierschutzanordnungen zusätzliches Personal eingestellt wird, „denn natürlich müssen Tierschutzverstöße abgestellt und geahndet werden, mehr Tierschutz muss auch in intensiven Tierhaltungsanlagen umgesetzt werden“.

Stimmen und Meinungen

Die Gewerkschaft GEW

In einer Pressemitteilung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) vom 12. Juni heißt es: „Ein langer und von der GEW Thüringen konstruktiv begleiteter Diskussionsprozess fand mit der heutigen Verabschiedung des Thüringer Schulgesetzes seinen vorläufigen Abschluss.

Das Gesetz zeigt Möglichkeiten der Schulentwicklung unter sich verändernden Rahmenbedingungen auf. Die GEW Thüringen begrüßt insbesondere die Perspektive, Schulen zu echten Ganztagsschulen zu entwickeln und die Thüringer Gemeinschaftsschule weiter auszubauen.

Neue Wege auch in Fragen der Inklusion denkbar

Dass nun auch Förderschulen Teil von Gemeinschaftsschule werden können, zeigt, dass auch in Fragen der Inklusion neue Wege denkbar sind. Schulträger erhalten durch die korrigierten Kennziffern und die erweiterten Möglichkeiten zur Kooperation wertvolle Werkzeuge, Schulstandorte weiterzuentwickeln.

Problematisch sieht die GEW Thüringen die nun auf Dauer gestellte Möglichkeit, Gemeinschaftsschulen ab Klasse 5 vorzuhalten. Dies widerspricht der Konzeption, längeres gemeinsames Lernen von Klasse 1 bis Klasse 12/13 zu ermöglichen. Nach der Verabschiedung des Thüringer Schulgesetzes wird es darauf ankommen, wie sich die Regelungen konkret in der Schulordnung widerspiegeln, die ja Grundlage der Organisation der Schulen ist. Wir dürfen gespannt sein und werden auch diesen Prozess im Sinne unserer Mitglieder konstruktiv und kritisch begleiten.“

Die Stellungnahme der GEW Thüringen zum Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zum Thüringer Gesetz zur Weiterentwicklung des Schulwesens beginnt mit folgendem Satz:

„Grundsätzlich begrüßen wir, dass die oben genannten Fraktionen die Diskussionen zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes genau verfolgt und eine Reihe von Anregungen und Empfehlungen der Anzuhörenden und von der Gesetzesänderung Betroffenen aufgegriffen haben. Zum Änderungsantrag nehmen wir wie folgt Stellung: Die meisten vorgelegten Änderungen finden unsere Zustimmung. Daher greifen wir nur einige Schwerpunkte auf.“

Das Schulgesetz

Lehrer, Schüler und Eltern in Thüringen erhalten Verlässlichkeit

Rot-Rot-Grün hat am 12. Juni im Thüringer Landtag das neue Schulgesetz verabschiedet. Damit ist eine umfangreiche, rund sechsmonatige parlamentarische Beratung der Novelle erfolgreich abgeschlossen worden. Gleichzeitig haben die Koalitionsfraktionen eine wichtige Zusage des Koalitionsvertrags, die Schaffung eines inklusiven Schulgesetzes erfüllt. An der parlamentarischen Beratung der Novelle haben sich die Koalitionsfraktionen intensiv beteiligt, nicht zuletzt mit einem Änderungsantrag zum Gesetzentwurf, der rund 60 Punkte umfasst.

Torsten Wolf, bildungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE erklärte: „Das neue Schulgesetz gibt die richtigen Antworten auf die aktuellen bildungspolitischen Herausforderungen. Die neuen Schul- und Klassengrößen sowie die verstärkte Kooperation zwischen den Schulen werden die Fachlehrerversorgung stärken.“

Für eine gelingende Inklusion, so der LINKE Politiker weiter, „wird die Erstellung der sonderpädagogischen Gutachten ins Gesetz aufgenommen, zudem werden in der konkreten Entscheidung das Elternwahlrecht gestärkt und mit den kommunalen Entwicklungsplänen Inklusion der Weg für eine bessere personelle, räumliche und sächliche Ausstattung beschritten. Den Förderschulen wird im Gesetz eine ausdrückliche Entwicklungsperspektive gegeben“.

Als weiteren wichtigen Aspekt des neuen Schulgesetzes bezeichnete es Torsten Wolf, dass durch mehr Mitbestimmung und Teilhabe von Schülern und Eltern in der Schule das Demokratieverständnis, freie Meinungsäußerung und die Transparenz der Notengebung gestärkt werden.

Lehrer, Schüler und Eltern erhalten Verlässlichkeit und Rechtssicherheit in den wichtigen Fragen, die Schule heute bewegt. Am Tag des Lehrers kommt ein Gesetz, welches die Zukunft vieler Menschen in Thüringen positiv beeinflusst!“

Diskriminierungsfreie Schulkultur

Respektvolles, gleichberechtigtes und menschliches Miteinander

Zum Thüringer „Gesetz zur Weiterentwicklung des Schulwesens“ hatten die Koalitionsfraktionen von LINKE, SPD und Grünen einen Entschließungsantrag unter der Überschrift „Für die Stärkung einer demokratischen und diskriminierungsfreien Schulkultur“ vorgelegt.

Im vom Landtag beschlossenen Antrag heißt es u.a.: „Erziehung und Bildung haben entsprechend Artikel 22 der Verfassung des Freistaats Thüringen die Aufgabe, selbstständiges Denken und Handeln, Achtung vor der Würde des Menschen und Toleranz gegenüber der Überzeugung anderer, Anerkennung der Demokratie und Freiheit, den Willen zu sozialer Gerechtigkeit, die Friedfertigkeit im Zusammenleben der Kulturen und Völker und die Verantwortung für die natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen und die Umwelt zu fördern.

Schülerinnen und Schüler sollen sich daher als Teil einer demokratischen Gemeinschaft verstehen lernen und Selbstwirksamkeitserfahrungen machen können. Sie sollen im schulischen Alltag als politisch eigenständig denkende und handelnde Personen einbezogen und möglichst intensiv an allen sie betreffende Entscheidungsprozessen beteiligt werden.

Darüber hinaus sollen die Eltern und die im schulischen Kontext tätigen Professionen intensiv am Schulleben beteiligt und ihre Entscheidungs- und Gestaltungsrechte gestärkt werden, um alle Schulen in Thüringen zu Orten des respektvollen, gleichberechtigten und menschlichen Miteinanders auf Augenhöhe zu machen. Gewalt, Diskriminierungen und Mobbing aufgrund zugeschriebener Merkmale, wie (ethnischer) Herkunft, Geschlecht, Religion, Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung und sozialer Stellung sowie weiterer Merkmale, sind auch in Thüringen Teil der schulischen und außerschulischen Erfahrungswelt.

Es gilt daher, die zugrundeliegenden strukturellen und institutionellen Faktoren von Gewalt, Diskriminierung und Mobbing konsequent abzubauen und in der Schule tätigen Professionen, insbesondere Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter, Vertrauenslehrerinnen und Vertrauenslehrer sowie Schulleiterinnen und Schulleiter, dabei zu unterstützen.

Der Aufbau eines bedarfsgerechten Beschwerdemanagements und adäquate Beratungsstrukturen sind dabei zentrale Schutzmaßnahmen, um eine diskriminierungsarme Lern- und Lebenskultur an unseren Schulen zu entwickeln.

Maßstäbe gesetzt

Torsten Wolf: „Gemeinschaftsschulentwicklung steht bei uns ganz oben“

Man könne in den Maßnahmen, die zur Weiterentwicklung der Thüringer Schule notwendig seien, durchaus unterschiedlicher Meinung sein, in der Analyse der Probleme herrsche jedoch weitgehend Einigkeit, so Torsten Wolf, der Bildungspolitiker der Linksfraktion, in der abschließenden Landtagsberatung des neuen Schulgesetzes (Thüringer Gesetz zur Weiterentwicklung des Schulwesens). Im Folgenden weitere Auszüge aus seiner Rede.

Drei Punkte nannte Torsten Wolf: „Es fällt in Thüringen viel zu viel Unterricht aus. Trotz Einstellungen auf noch nie da gewesenem Niveau, besserer Bezahlung von Lehrerinnen und Lehrern und und eine Versiebenfachung von Schulbauinvestitionen kann das Problem nur strukturell, also durch Mindestklassengrößen, gelöst werden. Die Umsetzung des seit 2003 geltenden Vorranges auf einen gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Förderbedarf ist noch nicht flächendeckend gelungen und bedarf einer notwendigen Präzisierung im Gesetz.“

Von der CDU keinerlei Änderungen am Gesetzentwurf

Und als dritten Punkt: „Schulen sind ein Spiegelbild gesellschaftlicher Entwicklungen. Individuelle Wertschätzung und Beteiligungsmöglichkeiten im Schulalltag von Schülern, Eltern und Lehrern, Prävention vor Drogenmissbrauch und Mobbing sowie eine Neuausrichtung in der Berufsorientierung sind Aufgaben, vor denen Schulen heute zusätzlich zu ihrem Bildungsauftrag stehen.“

Der LINKE Abgeordnete verwies auf den umfangreichen Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen, der wesentliche Punkte aus der ausführlichen Anhörung zum Schulgesetzentwurf aufgegriffen hat. Und Torsten Wolf betonte in diesem Zusammenhang: „Seitens der CDU und der AfD wurden keinerlei Änderungen zum Gesetzentwurf der Landesregierung eingebracht. Es ist also davon auszugehen, dass diese beiden Fraktionen entweder mit den vorgeschlagenen Schulgrößen des Entwurfes einverstanden waren, oder dass sich die parlamentarische Arbeit von CDU und AfD auf das Verfassen sinnfreier Pressemitteilungen beschränkt, die eben nicht in konkrete Anträge zu einem der wichtigsten Landesgesetze führen.“

Zum Themenkomplex „Mindestklassengrößen und andere Schulparameter“ erläuterte Torsten Wolf: „Grundschulen können auch einzügig sein, eine Mehrzügigkeit ist jedoch möglich. Die erste einzurichtende Klasse hat eine Mindestgröße von 15 SchülerInnen, jede weitere Klasse braucht nur mindestens 14 SchülerInnen.

In allen weiterführenden Schulen sollen mindestens 20 SchülerInnen eine Klasse besuchen. Dabei werden Regelschulen grundsätzlich mindestens zweizügig geführt. Für kleinere Schulen auf dem Land gilt die Ausnahme, dass bestehende Regelschulen einzügig weitergeführt werden können.“

Schulstandorte sichern und Schulkooperationen gestalten

„Gymnasien sollen hingegen mindestens zweizügig geführt werden. Die starren Mindestgrößen für die gymnasiale Oberstufe, wie sie aus dem Bildungsministerium vorgeschlagen wurden, haben wir gestrichen. Um Schulstandorte zu sichern, kann die Oberstufe durch Schulkooperation gemeinsam gestaltet werden. Zudem geben wir die Möglichkeit, im Kurssystem klassenstufenübergreifend zu arbeiten, um zusätzlich das Wahlangebot in der Qualifikationsphase bereit zu halten. Gemeinschaftsschulen sollen ebenso mindestens zweizügig, Gesamtschulen mindestens dreizügig geführt werden.“

Torsten Wolf unterstrich: „Die Gemeinschaftsschulentwicklung steht bei uns ganz oben. Wir schaffen die Möglichkeit, dass eine Schulkonferenz den Antrag auf Gründung einer Gemeinschaftsschule im Verbund an eine andere Schule stellen kann. Dieser Antrag kann nicht mehr vom Schulleiter ausgesessen werden wie bisher. Die Schulkonferenz der angefragten Schule entscheidet ab nun direkt“.

Landesschülervertretung Thüringen **Stellungnahme**

„Wenn Kritik der Landesschülervertretung zum Thema Inklusion für die eigene Argumentation übernommen, gleichzeitig jedoch andere, durchaus positivere Aspekte, die in der Stellungnahme beschrieben wurden, gar nicht erwähnt werden und sogar davon gesprochen wird, dass es keine positive Einschätzung zu diesem Gesetz gab, zeugt es davon, wie die Meinung einer Interessenvertretung gelesen wird.“

- Stellungnahme zur Debatte zum neuen Schulgesetz im Thüringer Landtag

Stimmen und Meinungen

Die Schülervertretung

Nach der Debatte zum Schulgesetz im Thüringer Landtag, die von der Landesschülervertretung auf der Besuchertribüne verfolgt worden war, konnte man wenig später auf Facebook Folgendes von der Landesschülervertretung Thüringen lesen: „Als Besucher der Debatte zum neuen Schulgesetz im Thüringer Landtag erlebten einige Mitglieder von uns direkt im Plenarsaal des Thüringer Landtags mit, wie sich über das Für und Wider des Thüringer Gesetzes zur Weiterentwicklung des Schulwesens ausgetauscht wurde – ganz normal in einer Demokratie. Ganz normal – und nachvollziehbar – ist auch, dass gewisse Themen emotional sehr aufgeladen sind. Jedoch müssen wir bei einigen getätigten Aussagen als Landesschülervertretung deutlich einhaken und widersprechen, was uns veranlasst hat, zu dieser Debatte eine Stellungnahme zu verfassen.“

Darin heißt es u.a.: „Die Landesschülervertretung begrüßte von Anfang an (und tut dies weiterhin) die grundsätzliche Änderung des Schulgesetzes. Die Aussage, dass eine Änderung ‚unnötig‘ sei, kann nur durch Ausblenden der aktuellen Probleme zustande kommen. Diese mach(t)en es dringend nötig, etwas zu verändern. Anders werden beispielsweise die Probleme des Lehrermangels nie gelöst werden können.“

https://lsv-thüringen.org/stellungnahme-debatte-schulgesetz

Das Fundament steht

Der AfD-Fraktionsvorsitzende Björn Höcke hob in seiner „Rede“ im Landtag zum Thüringer Schulgesetz hervor, dass der zuständige Minister Helmut Holter (DIE LINKE) Betonbauer aus Mecklenburg-Vorpommern sei. Da er und die Seinen über die Wirkung von Deutungsrahmen wissen, fügt Höcke hinzu: Er selbst sei Gymnasiallehrer. Sein bekanntes Menschenbild macht er auch wieder deutlich. Er will keine Schule, die vom Kind her denkt. Bei Höcke gilt es, Inklusion, Durchlässigkeit in der Schullaufbahn und demokratische Mitgestaltung auch durch die Schülerinnen und Schüler zu verhindern. Ja, Helmut Holter hat Betonbauer gelernt, er hat sich zum Diplom-Ingenieur qualifiziert und in Thüringen mit vielen anderen einen Diskussionsprozess zum Schulgesetz organisiert, der seinesgleichen sucht und in Erinnerung bleiben wird. Eine Eins-a-Ingenieursleistung eben. Das Fundament steht.
Übrigens: Der Gesetzentwurf wurde in namentlicher Abstimmung mit 46 zu 33 Stimmen angenommen.

Rainer Benecke

Nebenbei notiert

Unverantwortlich

KOMMENTAR VON
MDL SUSANNE HENNIG-WELLSOW

Die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag hatte unmittelbar vor der abschließenden Haushaltsdebatte ein von ihr in Auftrag gegebenes Gutachten zur angeblichen Verfassungswidrigkeit des Landeshaushalts 2020 öffentlichkeitswirksam vorgestellt.
Aber offenbar traut die CDU diesem Gutachten selbst nicht sonderlich. Wäre es anders, hätte CDU-Fraktionsvorsitzender Mike Mohring nicht umgehend auf den Gang vor das Verfassungsgericht verzichtet. Das ist genau das Politiktheater, das die Menschen ablehnen. Und dann beklagt sich die CDU, dass ihnen ihre Wählerinnen und Wähler davon laufen zur rechten Konkurrenz?

Wer regieren will, der muss verantwortlich handeln! Stattdessen verlegt sich die CDU ein weiteres Mal auf Desinformation und Verunsicherung der Bevölkerung. Ich verlange von den Christdemokraten Aufrichtigkeit! Beim Haushalt heißt das, zum Artikel 99 unserer Landesverfassung zu stehen. Der verlangt die rechtzeitige Verabschiedung des Haushalts vor Beginn des neuen Haushaltsjahres. Das gilt ohne Wenn und Aber auch für Wahljahre.

Die CDU weiß das natürlich. Dennoch drängt sie wider besseres Wissen darauf, dass ab dem 1. Januar 2020 nur ein Nothaushalt zu Verfügung steht. Sie nimmt also in Kauf, dass Schulen nicht saniert, Straßen nicht gebaut, zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer nicht eingestellt, mehr Polizistinnen und Polizisten nicht in den Landesdienst aufgenommen werden können. Das ist unverantwortlich!

Immer auf dem Laufenden bleiben! Mehr Infos über die Arbeit unserer Landtagsfraktion finden Sie hier:

Parlamentsreport

Alle zwei Wochen erscheint der ParlamentsReport unserer Fraktion als Beilage zur Thüringer UNZ – Unsere neue Zeitung (www.unz.de). Darin finden Sie unsere wichtigsten Themen, aktuelle Gesetzesinitiativen, Auszüge aus Landtagsreden, Berichte über Aktionen und Veranstaltungen, Hintergrundinformationen und vieles mehr. Online können Sie die aktuelle Ausgabe, sowie alle alten Ausgaben jederzeit im Internet nachlesen (www.die-linke-thl.de/nc/mediathek/parlamentsreport).

Web 2.0

Aktuelle Informationen über die Arbeit unserer Fraktion finden Sie auch auf www.twitter.com/Linke_Thl und bei www.facebook.com/linke.Thueringen, Videos von Reden und Aktionen bei www.youtube.com/Linksfraktionthl sowie Fotos unter www.flickr.com/linksfraktion-thueringen.

Video-Livestream

Einen Video-Livestream von den meist einmal im Monat stattfindenden Plenarsitzungen des Thüringer Landtages finden Sie während der Sitzungen auf unserer Webseite (www.die-linke-thl.de) und auf der Internetseite des Landtages (www.landtag.thueringen.de) eingeblendet. Dort finden Sie auch die Termine der Sitzungen.

Im Internet

Aktuelle Infos aus unserer Fraktion, Pressemitteilungen, die Kontakte zu unseren Abgeordneten, Termine, Reden und Anträge unserer Fraktion, Broschüren und Flugblätter sowie Hintergrundinfos zu unseren Positionen finden Sie im Internet unter www.die-linke-thl.de.

„Raus aus dem Abseits!“

Mit WM-Wette werden Frauen- und Mädchenprojekte unterstützt

Mit einer Weltmeisterschaftswette zur noch bis zum 7. Juli in Frankreich stattfindenden FIFA Frauen-WM unterstützen PolitikerInnen der Thüringer LINKEN Mädchen- und Frauen-Projekte. Für jedes bei der Weltmeisterschaft geschossene Tor spendet jede/r einen Euro. Der Betrag kommt drei Projekten zugute.

Über die Ein-Euro-Spende hinaus gibt es noch den Fan-Pott: jede/r Teilnehmende benennt eine Favoritinnenmannschaft, für deren Tore sie/er dann jeweils 20 Euro je Tor in den Pott gibt. Für den so erspielten Teilbetrag gilt am Ende: die Teilnehmenden bilden gemeinsam die Jury, die entscheidet, welchen Projekten dieser Betrag zugute kommt. Frauen- und Mädchenprojekte können unter rausausdemabseits@die-linke-thl.de für den Pott vorgeschlagen werden.

Die Auslosung und Bekanntgabe der Gewinnerinnen-Projekte wird am 10. Juli zu Beginn der öffentlichen Fraktionssitzung der Linksfraktion im Thüringer Landtag erfolgen. Mit der Weltmeisterschaftswette „Raus aus dem Abseits! Rein ins Leben.“ wollen die LinkspolitikerInnen nicht nur Engagement von und für Frauen und Mädchen unterstützen, sondern auch den Fokus auf den Frauensport lenken. Gerade solche Wettbewerbe machen einerseits prominent darauf aufmerksam, was Mädchen und Frauen leisten und erreichen können. Andererseits aber verdeutlichen sie häufig eben auch, dass dem von Männern Geleisteten einfacher und mehr Aufmerksamkeit zuteil wird. Zwar gibt es nicht mehr das berüchtigte Kaffeeservice als Prämie für die WM-Teilnahme, aber eine Frauen-Fußball-WM wird zum Beispiel immer noch nicht selbstverständlich FIFA-Fußball-WM genannt, wie das Turnier der Männer. Die LINKE-Wettgemeinschaft wünscht der deutschen Nationalmannschaft viel Erfolg, Spaß und ein faires Turnier und hat auch ein Tippspiel (mit Überraschungsgewinn) eingerichtet, das für Interessierte offen ist.

Foto: pixabay.com

Alle Infos, Mitmachen, Vorschläge für Projekte: rausausdemabseitss@die-linke-thl.de

Einladung zum Landtag der offenen Tür

Auch in diesem Jahr lädt der Thüringer Landtag wieder zu einem Tag der offenen Tür nach Erfurt ein. Dieser findet am Sonnabend, den 22. Juni, in der Zeit von 10 bis 17 Uhr statt und spielt sich vor allem im Funktionsgebäude, einschließlich dem Plenarsaal und den Sitzungsräumen, dem Innenhof sowie vor dem Haupteingang in der Jürgen-Fuchsstraße mit zahlreichen Informationsständen ab.

Die Fraktionsvorsitzendenrunde im Plenarsaal, an der es immer ein großes Interesse gibt, steht unter dem Motto „Bürger fragen, Politiker antworten“ und beginnt 14 Uhr.

Die Fraktion DIE LINKE präsentiert sich mit ihrem Informationsstand direkt vor dem Haupteingang des Landtags. Hier sorgt auch wieder der Verein „Ottokar“ für Kinderspaß und Schnellzeichnerin Fredicelli fürs gute Bild.

Im Café im Fraktionssitzungssaal (F 201) kann man sich in Ruhe niederlassen und bei Kaffee (oder roter Brause) und leckeren Kuchen ins Gespräch kommen.

In der Zeit von 14 bis 15 Uhr heißt es hier „Die Roten zu Gast bei den Roten“, Dr. Stefan Wogawa stellt sein Lexikon des DDR-Indianerfilms vor und liest aus seinem Buch „Tecumseh“, das er im Anschluss auch signiert.

Impressum HERAUSGEBER: Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt | REDAKTION: Annette Rudolph (V. i. S. d. P.), Telefon: 0361 377-2325, Fax: 0361 377-2321, E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de, Internet: www.die-linke-thl.de | Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des »Parlamentsreports« keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. | GESTALTUNG: Uwe Adler, Weimar, www.facebook.com/gestaltunguweadler